

S.D. Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein sprach über aussenpolitische Aufgaben Liechtenstein

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

S.D.Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein
sprach über aussenpolitische Aufgaben
Liechtensteins

Ungewöhnliches Erwachen

Zwei Entwicklungen zwingen uns langsam eine Aussenpolitik zu kon-

Im Rahmen eines Informationsabends, zu der die Liechtensteinische Industriekammer am 11.Sept.70 in die berufskundliche Ausstellung nach Triesen geladen hatte, ergriff auch S.D.Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein das Wort. Der Erbprinz wählte das Podium einer Wirtschaftsveranstaltung, um einige grundsätzliche Gedanken zur liechtensteinischen Aussenpolitik zu formulieren. Ausgehend von der Tatsache, dass sich unser Land innerhalb von weniger als drei Jahrzehnten zu einem der höchstindustrialisierten Länder der Welt entwickelte, stellte der Erbprinz einleitend fest, dass die politische Entwicklung unseres Landes nicht mit der wirtschaftlichen Schritt gehalten habe. Wörtlich führte der Erbprinz aus:

"Mit Politik meine ich nicht die Tagespolitik, welche sich in Diskussionen über Subventionen, Besetzungen von Stellen, Verwaltungsratsposten usw. erschöpft. Ich meine hier wirklich Politik und zwar die Politik, die über die Zukunft unseres Staatswesens entscheidet. Bei einem so kleinen Staat spielt dabei die Aussenpolitik eine eminente Rolle. Selbst Grossstaaten wie die USA und die Sowjetunion konnten sich nur für kurze Zeit Isolationismus leisten.

Von einem Rucksack zum anderen

Unsere Politik der letzten 70 Jahre kann man nicht einmal als Isolationspolitik bezeichnen, sondern vielmehr das Umsteigen von einem Rucksack in den anderen. Die k.u.k. Monarchie hat uns viele Jahrzehnte auf ihrem breiten Rücken mitgeschleppt. Nach dem ersten Weltkrieg war dieser Rücken leider auf ein Restösterreich zusammengeschmolzen und eine bedrohliche Talfahrt hatte eingesetzt. Mit sehr viel Glück und noch mehr Entgegenkommen sind wir - Gott sei Dank - in den bequemen Rucksack der Schweiz gefallen. Drohten doch manchmal Gefahren an unseren Grenzen - so wie die Weltwirtschaftskrise oder das Dritte Reich - so verschwanden sie alle über kurz oder lang.

Die Schweiz hat sich als ein hervorragender Kletterer erwiesen, der immer höher auf der Lebensniveauleiter stieg. Wir haben dabei unglaublich profitiert, viele Lasten, wie diplomatische Vertretung, Post- und Zollwesen übernahm die Schweiz und Liechtenstein behielt sich, was es selbst mit Profit betreiben konnte, z.B. die Briefmarkenausgabe.

Viele werden sich fragen: wenn dieses System bald 50 Jahre sich für uns so günstig ausgewirkt hat, weshalb soll es nicht weitere 50 Jahre halten. Warum sollen wir uns denn über unsere Zukunft Gedanken machen.

Unangenehmes Erwachen

Zwei Entwicklungen zwingen uns langsam eine Aussenpolitik zu konzipieren. Die erste Entwicklung kann man in der Schweiz beobachten. Dort gewinnt die Ueberzeugung an Boden, dass Liechtenstein nun stark genug sei, um zusätzliche Rechte und Pflichten zu übernehmen. Weder von Schweizer noch von Liechtensteiner Seite wird mehr bestritten, dass unsere Verträge aus den 20er Jahren in vielen Punkten revisionsbedürftig sind. Beim Postvertrag wurde mit der Revision begonnen, früher oder später werden auch die anderen Verträge neu bearbeitet. Sicher ist es eine Entwicklung, die sich noch über Jahre dahinziehen wird. Wir müssen aber für die Verhandlungen mit der Schweiz eine Politik haben, in der unsere Zukunftsvorstellung von Liechtenstein enthalten ist. Wenn wir als einzige Möglichkeit wieder den Rucksack der Schweiz für Liechtenstein ins Auge fassen, wird es wahrscheinlich einmal ein unangenehmes Erwachen geben. Die Schweiz wird früher oder später mit Recht von uns verlangen, dass wir entweder selbst laufen lernen oder unsere Selbständigkeit weitgehend aufgeben.

Die zweite politische Entwicklung, welche unseren Staat vor grosse Probleme stellen wird, ist die Integration Europas. Auch die Schweiz ist heute bemüht, eine Lösung mit der EWG zu finden. Welche Lösung schliesslich gefunden wird, lässt sich noch keineswegs voraussehen. Es könnte sein, dass am Ende die Vollmitgliedschaft der Schweiz in einem Vereinten Europa steht. Die Geschichte im allgemeinen und die der EWG und EFTA im besonderen hat öfters gezeigt, dass so eine Integration, wenn sie nicht durch politische Wirren gestört wird, eine gewisse Eigendynamik besitzt. Selbst de Gaulle ist es nur gelungen, diese Entwicklung etwas zu bremsen und nicht aufzuhalten. Es ist dann aber äusserst fraglich, ob es der Schweiz auf die Dauer möglich sein wird, bei einem engen Zusammenschluss Europas abseits zu stehen. Befassen wir uns einmal mit der Vollmitgliedschaft der Schweiz bei der EWG, was unter den denkbaren Lösungen die radikalste wäre.

Liechtenstein als 23. Kanton

Ist die Stellung Liechtensteins in einem engeren Verhältnis Schweiz-EWG die gleiche wie im Verhältnis Schweiz-EFTA, so ist es mit unserer Selbständigkeit ziemlich sicher endgültig vorbei. Wenn wir in einem Vereinten Europa nur den Status eines Beobachters haben, ist es besser, wir bitten die Schweiz, Liechtenstein als 23. Kanton aufzunehmen. Unsere Bevölkerung ist dann in Bern im Parlament direkt vertreten und die Schweiz könnte sich für unsere Interessen mit sehr viel mehr Recht und Gewicht in Brüssel einsetzen. Vielleicht können wir sogar unsere Briefmarkenausgabe zur Finanzierung unseres Budgets behalten, ebenso wie einen Fürsten im Schloss als Touristenattraktion.

Trotzdem wird sich die Regierung eine Reihe von Massnahmen über-
Wenn wir diese Lösung in Liechtenstein nicht wollen, und ich bin
überzeugt, die überwältigende Mehrheit würde sie heute ablehnen,
muss die Aussenpolitik bei uns Liechtensteinern mehr Beachtung
finden. Die Interessen Liechtensteins bei einer Integration Euro-
pas können nur gewahrt bleiben, wenn es völkerrechtlich die glei-
che Position wie Luxemburg erreicht. Natürlich kann unsere Vertretung
wegen der geringeren Bevölkerung nicht das gleiche Gewicht
haben. Sinken wir dagegen auf die Stufe wie die anderen Zweigstaa-
ten in der EWG herab, sind wir politisch erledigt.

Wir müssen Opfer bringen!

Um die Position Luxemburgs zu erreichen, wird Liechtenstein einige
Opfer bringen müssen. Die Regierung wird gezwungen sein, ihren
Verwaltungsapparat zu vergrössern, bereits jetzt wurde eine Stelle
für Integrationsfragen notwendig. Ein Beitritt zu UNO wird uns
zwischen einer halben und einer Million Franken im Jahr kosten.
Trotz diesen hohen Ausgaben müssen wir heute sagen, es wäre sehr
viel besser, wir wären bereits ein Mitglied der UNO, denn die
Zeit arbeitet gegen uns. Früher oder später müssen wir auch stren-
gere Bestimmungen für unsere Sitzgesellschaften erlassen, nicht
zuletzt deshalb, um die seriösen und guten unter ihnen zu schüt-
zen und zu erhalten.

Unsere Stellung in der Welt hängt in erster Linie von der Achtung
ab, die uns entgegengebracht wird. Wir sind weder reich noch mäch-
tig genug, um Freundschaften erzwingen oder kaufen zu können. Wol-
len wir von anderen Staaten respektiert und anerkannt werden,
bleibt uns nichts anderes übrig, als noch andere heilige Kühe zu
schlachten. Ich denke unter anderem an das Frauenstimmrecht und
die Einbürgerung alteingesessener Ausländer. Während unsere Wei-
gerung, die Frauen wählen zu lassen, in der Welt wahrscheinlich
mehr Heiterkeit als Entrüstung hervorruft, ist die Nichteinbürge-
rung der alteingesessenen Ausländer ein moralisches Problem. Wir
bezeichnen uns als christlichen Rechtsstaat, in dem der katholi-
sche Glaube noch dazu Staatsreligion ist, und halten uns gleich-
zeitig Bürger II. Klasse, die zwar Steuern zahlen und zum allge-
meinen Wohlstand beitragen dürfen, denen wir aber teilweise seit
Jahrzehnten und Generationen jedes Mitspracherecht verweigern.

Bisher Glück gehabt

Noch ist der Zug nicht abgefahren, den wir besteigen müssen und
wir haben Zeit, unser Problem mit Vernunft zu lösen. Liechtenstein
hat bisher sehr viel Glück gehabt: Zuerst hat England und dann
de Gaulle die Integration Europas gebremst; die Schweiz ist vor-
derhand an einer Mitgliedschaft bei der EWG nicht sehr interes-
siert, es sieht so aus, als ob das Ergebnis dieser Gesprächsrunde
ein Zollvertrag sein wird; die Schweiz kümmert sich in vorbild-
licher Weise und mit viel Verständnis um das kleine Liechtenstein.

Wir freuen uns immer, wenn recht viele Landleute an dieser Zu-
sammenkunft teilgenommen.

Trotzdem wird sich die Regierung eine Reihe von Massnahmen überlegen müssen, damit Liechtenstein die Abfahrt des Zuges nicht ver säumt. Diese Massnahmen kann sie aber nur dann treffen, wenn sie die volle Unterstützung des Volkes findet. Ein Volk, das in all diesen Fragen zwischen Desinteresse und ablehnender Passivität schwankt, würde seiner Regierung schwierige Verhandlungen noch erschweren.

Wenn wir die 250 Jahre unserer Geschichte betrachten, haben wir einen Grund, optimistisch zu sein. In diesen 250 Jahren hat sich die Landkarte in Europa immer wieder gewandelt, Staaten sind ent- standen und wieder verschwunden, aber das kleine Liechtenstein hat überlebt."

Neuerungen für SBB- und Swissair Passagiere

Wie SBB und Swissair mitteilen, werden die 10-tägigen Retourbillette von SBB und Swissair zwischen Basel, Bern, Genf und Zürich austausch- bar. Dies vereinbarten die beiden Direktionen mit Wirkung ab 1.Oktober.

Inhaber von Retourbilletten 1. Klasse der SBB zwischen diesen vier Städten können während der zehntägigen Geltungsdauer gegen eine an- gemessene Aufzahlung mit der Swissair zurückfliegen. Ebenso wird den Flugpassagieren ermöglicht, den Retourabschnitt ihres Flug- scheines für die Rückfahrt mit der Bahn 1.Klasse kostenlos umzu- tauschen. Die Swissair-Luftreisebüros nehmen die Bahnbillette zum Umtausch entgegen, während die Swissair-Flugscheine in den Bahnhöfen umgetauscht werden können. Dank dieser Vereinbarung kostet eine kombinierte Bahn-Flug-Reise innerhalb der Schweiz nun weniger als der Kauf von getrennten einfachen Bahn- und Flugbilletten.

In eigener Sache

Jeden 1. Samstag im Monat treffen wir uns zu einem gemütlichen Hock. Wir freuen uns immer, wenn recht viele Landsleute an dieser Zu- sammenkunft teilnehmen.